

Kein neues Afghanistan:

Ausländische Truppen raus aus dem Sahel!

Was macht die Bundeswehr in Mali?

12. Februar 2022, 16 Uhr

Veranstaltung mit *Christine Buchholz*
(*DIE LINKE*) und *Grit Lenz* (*Fokus Sahel*)

Zoom-Link: die-linke-frankfurt.de



DIE LINKE.

LAG Frieden & Internationale Politik
Hessen



Frauen der Gewerkschaft UNTM, die zum Streik aufrufen

Informations- und Diskussionsveranstaltung der AG Frieden und internationale Politik in der LINKEN Hessen am 12. Februar 2022 um 16 Uhr

mit **Christine Buchholz** (ehem. Mitglied des Verteidigungsausschusses, mehrfache Besuche von Mali) und **Grit Lenz** (Focus Sahel)

Zugangsdaten zur Zoom-Konferenz: www.die-linke-frankfurt.de

Nach neun Jahren Militäreinsätzen in Mali hat die Bundesregierung keines ihrer offiziellen Ziele erreicht. Die UN-Mission MINUSMA soll einen Frieden sichern, den es nicht gibt. Die von der Bundeswehr im Rahmen der EU-Trainingsmission EUTM trainierte Antiterrorereinheit »Force specialiste antiterroriste« (FORSAT) feuerte 2020 in Demonstrationen der Bevölkerung. Dabei wurden mindestens 14 Menschen getötet. Die malische Armee ist immer wieder für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Sowohl die französische Operation Barkhane, die UN-Mission MINUSMA, wie auch der Bundeswehr-Einsatz haben dazu beigetragen, dass sich Gewalt und Terrorismus über die gesamte Sahel-Region ausgebreitet hat. Die Folge: Der EUTM Einsatz wurde auf fünf Sahel-Staaten ausgeweitet. Außerdem ist dort noch ein Verband von Spezialkräften europäischer Armeen im Einsatz, die »Task Force Takuba«, an der auch Deutschland beteiligt ist.

Ramona Lenz, Referentin für Flucht und Migration bei medico international, beschreibt »die europäische Antiterrorpolitik zugleich [als] eine Antimigrationspolitik mit fatalen Folgen für die Menschen in der Sahelzone. Der Kampf gegen Terror und so genannte irreguläre Migration schränkt ihre Bewegungsfreiheit massiv ein und macht die Regierungen Europas zunehmend blind für menschenrechtliche Kollateralschäden. Sicherheit und Demokratie in Europa lassen sich jedoch nicht aufrechterhalten, indem sie andernorts eingeschränkt werden.« (FR, 13.5.2019). Aminata Traoré, eine ehemalige Ministerin und bekannte politische Aktivistin in Mali, warnte schon 2013 bei Beginn des Militäreinsatzes der ausländischen Truppen: »Die Militarisierung als Antwort auf das Scheitern des neoliberalen Modells in meinem Land ist die Entscheidung, gegen die ich protestiere.« Es gibt einen breiten und aktiven politischen und sozialen Widerstand von Gewerkschaften und Zivilbevölkerung in Mali. Christine Buchholz: »Es ist Zeit, die Logik der militärischen Eskalation zu durchbrechen. Mali braucht Armuts- und Korruptionsbekämpfung, nicht Waffen und Soldaten. Nach Afghanistan darf es kein ‚Weiter so‘ geben. Der Bundeswehr-Einsatz in Mali so wie alle anderen Bundeswehr-Einsätze müssen beendet werden.« (16.9.2021)



malischer FFF-Aktivist

Kontakt

Stefanie Haenisch (Frankfurt), stefanieht@gmx.de